

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Lebensqualität: Schlagwort oder gesellschaftliches Ziel?

Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1981) : Lebensqualität: Schlagwort oder gesellschaftliches Ziel?, Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 20, Iss. 4=52, pp. 25-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111927>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis Lebensqualität: Schlagwort oder gesellschaftliches Ziel?

„Die Tage des Bruttosozialprodukts sind vorbei.
Aber doch nicht ganz...!“

J. K. Galbraith

I. Zur Kritik des Bruttosozialprodukts

In der heutigen ökonomischen Theorie wird die Wohlfahrt der Bevölkerung – die klassische ökonomische Zielgröße – mit der Summe der markt-gängigen Güter und Dienste bewertet mit ihren Marktpreisen, d. h. dem *Bruttosozialprodukt* (BSP) gleichgesetzt – zumindest gilt die Annahme der parallelen Entwicklung von BSP und Wohlfahrt. Und eine zentrale Gedankenkette lautet: Vermehrter Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen, technischer Fortschritt) führt zur Zunahme des BSP („Wirtschaftswachstum“); dies ist die Voraussetzung für die (bzw. bedeutet) Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung.

Die praktische Bedeutung des BSP als politische Zielgröße ist außerordentlich umfassend: nicht nur die Wirtschaftspolitik, auch die Energiepolitik, die Regional-, die Verkehrspolitik (und gelegentlich selbst die Umweltpolitik) sind auf sie ausgerichtet. Die *volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* (VGR) und das mit ihr ermittelte BSP beruhen jedoch auf gewissen, sehr restriktiven Prämissen, die selbst viele derer, die ständig von der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum reden, nicht kennen.

Eine erste allgemeine Kritik am BSP als Wohlfahrtsmaß geht daher dahin, die oben genannte zentrale Gedankenkette – Wirtschaftswachstum gleich Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung – zu bestreiten; etwa mit dem Argument, daß man sich sehr wohl eine Zunahme der Wohlfahrt der Bevölkerung durch bessere Verteilung des Vorhandenen (des Einkommens und Vermögens) vorstellen kann, oder mit dem Argument der zu-

nehmenden Problemvermarktung („staatlich-industrielles Reparaturwesen“ – M. Jänicke). Eine speziellere Kritik besagt, daß mit den herkömmlichen Methoden ermitteltes Wirtschaftswachstum (Zunahme des BSP) nicht qualitatives Wachstum sein kann, weil das herkömmliche volkswirtschaftliche Rechnungswesen (a) unvollständig ist und (b) fehlerhafte Bewertungen aufweist.

Argumente zu Punkt (a) betreffen alle jene menschlichen Aktivitäten, die nicht über den Markt gehen (bzw. für die kein Markt existiert) und die deshalb nicht oder nur ansatzweise in das BSP eingehen. In Stichworten: Eigenleistungen der Haushalte; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und des Konsums; die öffentlichen Güter; die Freizeit usw. Selbst wenn man das BSP durch Ausschalten von Preisänderungen (Inflation) bereinigt und Bevölkerungszu- oder -abnahme berücksichtigt, um die „reale“ wirtschaftliche Entwicklung widerzuspiegeln, kommt man an diese qualitativen Probleme der Zielkategorie BSP nicht heran, welche eben nur (mit gewissen Ausnahmen) die marktmäßig gehandelten Güter und Dienste erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet. Das BSP als zentrale Zielkategorie unserer Wirtschafts-(und Gesellschafts-)politik ist so definiert, daß es, unter sonst gleichen Bedingungen, mit zunehmender Freizeit und Eigenarbeit, mehr nachbarschaftlicher Hilfe, sparsamem Energieverbrauch, Erhaltung des Wohnungsbestandes, der natürlichen Umwelt usw. sinkt – und umgekehrt: mit zusätzlichen Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, häufigeren Verkehrsunfällen, zunehmendem spezifischem Rohstoffverbrauch, wachsenden Umweltsanierungsausgaben usw. steigt – sich also umgekehrt verhält, wie man es von einem Wohlfahrtsmaß erwarten sollte und wie man es für die Verbesserung der Lebensqualität der Gesellschaft benötigt. Man kann daher wohl festhalten: Die vorherrschende Orientierung der Wirtschafts-(und Gesellschafts-)politik am Wachstum des BSP wird einer qualitativen Zielsetzung nicht gerecht.

Argumente zu Punkt (b) weisen auf das besondere Problem des Auseinanderfallens von Tauschwert und Gebrauchswert; die VGR mißt den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert von Gütern. Marktpreise geben lediglich Auskunft über markt-wirksame Angebote und Nachfragen, sie geben keine Auskunft über die Intensität der Bedürfnisse, die zu marktwirtschaftlicher Nachfrage geworden oder nicht geworden sind. Marktpreise sind also Ausdruck von relativer Kaufkraft (von Tauschwerten) und nicht von Bedürfnissen, Be-

dürfnisintensitäten und Graden der Bedürfnisbefriedigung (von Gebrauchswerten). Die Feststellung, daß der Markt in dem, was er nicht (bzw. nicht hinreichend differenziert) bewertet, selektiv ist, kann zu dem Schluß führen, daß er auch in dem, was er bewertet, keine Bewertungen von besonderer Güte abgibt. Einfacher ausgedrückt: Das wirtschaftliche Rechnungswesen herkömmlicher Art, über das Wirtschaftswachstum ermittelt und bestimmt wird, kann keine Unterscheidung zwischen guten und weniger guten (schlechten) Ausgaben machen. Es folgt der Devise, daß der gesellschaftliche Wert eines am Markt gehandelten Gutes in dem dafür bezahlten Preis liegt. Die Konsum- und Investitionsausgaben, egal von wem, egal wofür getätigt, werden registriert. Die Produktion aller gehandelten Waren, die Verausgabung des Einkommens für Konsum- und Investitionszwecke jeglicher Art – all dies geht positiv in das BSP ein.

Es dürfte klar sein, daß dieses methodische Konzept der vorherrschenden ökonomischen Theorie keine Basis für die Bestimmung und Gewinnung der „Qualität des Lebens“ sein kann.

Emil Küng sagt in diesem Zusammenhang: „Die Rezepte der Wirtschaftstheorie in bezug auf die Qualität des Lebens sind außerordentlich dürftig. Reichtum als Glücksgarantie – so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreißen. Materieller Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt – so ließe sich die gedankliche Grundlage für den Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen charakterisieren“.

Obwohl über die strukturellen Mängel des BSP als Wohlfahrtsmaß schon früher und seit einiger Zeit sogar recht intensiv in Teilen der Wirtschaftswissenschaft diskutiert worden ist, hat die wirtschafts-(und gesellschafts-)politische Praxis hieraus keine erkennbaren Konsequenzen gezogen. Nach wie vor ist die Wirtschaftspolitik vom bisherigen Konzept bestimmt und auf dieses ausgerichtet. Es wäre ein Zufall, wenn die Ausrichtung an einem fehlerhaften Konzept nicht auch zu fehlerhaften Ergebnissen führte.

II. Lebensqualität: ein operationales Ziel?

Die Kritik der konzeptionellen Grundlagen und Methoden zur Ermittlung des Wirtschaftswachstums über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) in der Zielgröße Bruttosozialprodukt (BSP) hat gezeigt, daß dieses enge Grenzen als

Wohlfahrtsmaß hat. Angesichts der Komplexität menschlicher Bedürfnisse und Interessen ist jeder ausschließlich monetäre (geldliche) und dazu noch eindimensionale Maßstab als Zielgröße der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dubios. In diesem Sinne sollen Begriffe wie „Qualitatives Wachstum“ oder „Lebensqualität“ einerseits eine Qualifizierung des bisherigen Wachstumsziels umschreiben, andererseits die der Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse und Interessen entsprechende Mehrdimensionalität der Wohlfahrt zum Ausdruck bringen. Es gibt inzwischen eine Reihe interessanter, methodisch unterschiedlicher Ansätze zur stärkeren Qualifizierung des Wachstumsziels und zur Annäherung an das, wie man „Lebensqualität“ gesellschaftlich bestimmen könnte. Im folgenden sollen drei solcher Ansätze (Ansatzebenen) mit jeweils drei Einzelbeispielen vorgestellt werden. (Ein Anspruch auf Vollständigkeit ist damit selbstverständlich nicht erhoben und der Hinweis auf die vertiefende Literatur ist hier geboten.)

A. Verbesserung der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren

1. „Integrationsgrad“

Die auf R. Jochimsen zurückgehenden Arbeiten haben angeregt, die „Entwicklung der Wirtschaft“ durch zwei Faktoren zu bestimmen, durch:

- das Niveau der Wirtschaftstätigkeit (gemessen am herkömmlich ermittelten BSP insgesamt oder pro Kopf der Bevölkerung) und
- den Integrationsgrad (gemessen an den Abweichungen der Entgelte der Produktionsfaktoren, vor allem den Lohndifferenzen).

Die Argumentation lautet: Niveau und Integrationsgrad der Wirtschaftstätigkeit sind zwar voneinander abhängig, sie müssen sich aber nicht in gleicher Richtung bewegen. Es ist möglich, daß das Niveau steigt (fällt), der Integrationsgrad aber sinkt (steigt). Was ist dann mit der „Entwicklung“? Hierzu ein Beispiel:

- Das Bruttosozialprodukt (BSP) steigt während eines Jahres um 5 % (oder auf einer Skala von 100 auf 105),
- der Integrationsgrad (IG) sinkt während dieser Zeit um 5 % (von 100 auf 95).

Hat in diesem Land (in dieser Region, in dieser Stadt) eine „Entwicklung der Wirtschaft“ stattgefunden? Nach herkömmlicher Weisheit (BSP) ist die Antwort klar und positiv. Nach der neuen

Weisheit (BSP + IG) wird die Beantwortung der Frage, ob „Entwicklung“ vorliegt oder nicht, abhängig von dem jeweiligen Gewicht, das den beiden Faktoren gegeben wird.

(Der Leser möge über das Potential dieser methodischen Vorgehensweise nachdenken, wenn es gelänge, dem ökonomischen Indikator BSP einen vergleichbaren ökologischen Indikator [Umweltindikator] zur Seite zu stellen.)

2. „Clean and dirty“ BSP

Einen anderen, ebenfalls das BSP-Konzept verwendenden Vorschlag macht E. G. Dolan. Er unterteilt das herkömmlich ermittelte Bruttosozialprodukt in zwei Komponenten:

- BSP I = der Teil des BSP, der mit erneuerungsfähigen Ressourcen und wiederverwendbaren Abfällen erzeugt wird;
- BSP II = der Teil des BSP, der auf Erschöpfung nicht ersetzbarer Ressourcen und der Ansammlung nicht abbaufähiger Abfälle beruht.

Die aus dieser Unterteilung folgende wirtschaftspolitische Entscheidungsregel lautet: Maximiere BSP I, minimiere BSP II.

Bei dieser Unterteilung des BSP entstehen natürlich eine Reihe von Meß-(und auch Steuerungs-)problemen, für die das derzeit vorhandene statistische System noch keine ausreichend praktikablen Handhaben liefern mag.

3. „Wachstums- und Verteilungsindex“

H. Chenery u. a. haben für Planungszwecke einen Index entwickelt, der mehrere Ziele – ein Wachstums- und ein Verteilungsziel – gleichzeitig umfaßt, und zwar in Form eines „Equal Weights-Index“ (EWI) bzw. eines „Poverty Weights-Index“ (PWI).

Das herkömmliche BSP ist der Fall eines Index, in dem als Gewicht für die Zunahme des Einkommens einer jeden Einkommensgruppe (z. B. eines Fünftels der Bevölkerung) einfach der jeweilige Anteil dieser Gruppe (dieses Fünftels) am Gesamteinkommen (BSP) unterstellt ist. Führt man sich das Bild der tatsächlichen Einkommensverteilung vor Augen (Verhältnis von oberem zu unterem Fünftel in Entwicklungsländern etwa 11:1, in westlichen Industrieländern etwa 6:1), so wird die Problematik des BSP-Konzepts erneut und in anderer Weise deutlich. Die Wachstumsrate des BSP mißt weit stärker die Einkommenssteigerung der oberen Einkommensgruppen als die der unteren. (In Entwicklungsländern: auf die

oberen zwei Fünftel entfallen ca. 75 % des BSP, die übrigen drei Fünftel – die Mehrheit – der Bevölkerung fallen dagegen kaum [25 %] ins Gewicht. In den Industrieländern, bei uns: je größer der Anteil der Schüler und Auszubildenden, der Arbeitslosen und der Alten an der Gesamtbevölkerung wird, um so weniger spiegelt das BSP die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Bevölkerungsgruppen.)

Ein gegenüber dem BSP alternatives „Wohlfahrtsmaß“ könnte darin bestehen, die Gewichte im Rahmen eines Wachstums- und Verteilungs-Index z. B. proportional zu verteilen, also gleiches Gewicht für jedes Fünftel (EWI). Ausgehend von der Realität (Verhältnis des oberen zum unteren Fünftel der Einkommensskala in Entwicklungsländern 11:1, in Industrieländern 6:1), würde im Falle des EWI also eine Einkommenssteigerung im unteren Fünftel eine elffache (fünffach) größere Bedeutung beigemessen, als der Einkommenssteigerung im oberen Fünftel.

Ersetzt man die relativ abstrakten Einkommens-Fünftel durch konkrete soziale Gruppen – z. B. Kleinbauern, städtische Arme, Arbeiter – so wird das entwicklungs-(wirtschafts-)politische Potential dieses methodischen Ansatzes deutlich(er). Wäre man angesichts der tatsächlichen Verteilungssituation gar der Meinung, daß es nicht mehr darauf ankomme, das Einkommen der oberen sondern vielmehr das der unteren Einkommenschichten zu steigern (erinnert sei an die Vorschläge zur Konzentration der Entwicklungshilfe auf die ärmsten Entwicklungsländer, erinnert sei auch an den früh verlachten Vorschlag der Jusos und an den neueren Grottian-Plan), so käme damit der PWI ins Spiel, dessen praktische Bedeutung darin liegen könnte, daß er den realen Bedingungen und Notwendigkeiten weit besser gerecht werden kann, als das unzureichende methodische Gerüst, auf dem Entwicklungsplanung (Wirtschaftspolitik) heute zumeist ruht.

(Der Leser möge auch einmal überlegen, wie bedeutsam ein solcher differenzierter Ansatz für die Einkommenspolitik und über diese für die Umweltpolitik – „Wachstumswang bei Ungleichheit der Verteilung“ – in der Bundesrepublik und anderswo sein könnte.)

B. Revision der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren

Was die Studien zur Erweiterung bzw. Revision der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren

angeht, so haben einige zu erheblichen Verschiebungen der Erfolgsmessung geführt. Andere hätten – würden sie durchgeführt – erhebliche Konsequenzen zur Folge.

1. „Umwelt-Konto“

Die Erfassung von „Leistungen und Belastungen der Natur“ durch das herkömmliche volkswirtschaftliche Rechnungswesen ist angesichts der tatsächlichen Probleme völlig unzureichend. Zwar werden eine Reihe von Vorleistungen der Natur zum Wirtschaftsprozeß und auch Ausgaben zur Sanierung der Umwelt erfaßt. (Die Produktion von Luftfiltern, Kläranlagen usw. geht auf die gleiche Weise in die VGR ein wie die Herstellung von Brot; die Förderung von Öl, der Abbau von Erzen, die „Erschließung von Erholungsgebieten“ usw. werden zu Marktpreisen berücksichtigt, auch wenn diese die absolute Knappheit nicht oder nur unzureichend berücksichtigen). Die Inkonzsequenz besteht aber darin, daß ein der natürlichen Umwelt zugefügter Schaden erst dann in der VGR erscheint, wenn er behoben wird (wie immer diese Behebung aussehen mag). Eine Abnutzung oder Beeinträchtigung von produziertem Realkapital wird dagegen sofort und im Normalfall als Abschreibung erfaßt. Was dagegen nicht erscheint, ist die Beeinträchtigung, der Verzehr der natürlichen Umwelt selbst.

Es liegt nahe, diese Beeinträchtigung der Umwelt, des „natürlichen Kapitals“, wenigstens durch eine unterstellte Abschreibung buchmäßig festzuhalten – wenn man sie denn schon nicht unterlassen hat. Ein Konto „Umwelt“ ließe sich in der Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dann etwa nach den folgenden Regeln aufstellen:

- Ausgliederung der Aktivitäten zur Behebung, von Umweltschäden bzw. zur Verbesserung der Umweltbedingungen aus den Konten Unternehmungen, private Haushalte, Staat und Einzelbeziehung in das Konto Umwelt, wobei die „Verbesserung der Umwelt“ als Endprodukt betrachtet würde.
- Einführung eines zusätzlichen unterstellten Kapitalverzehr zur Erfassung der unbehandelten Beeinträchtigungen der Umwelt.

Die Realitätsnähe von Vorschlägen zur Revision tradierter Vorgehensweisen wird oft danach beurteilt, ob die erforderlichen Informationen verfügbar sind oder nicht. Ein Problem mangelnder Daten stellt sich hier sicherlich. Doch wie soll man sagen können, wie „teuer“ uns die Schädigung der Umwelt durch wirtschaftliche Tätigkeit kommt,

wenn man sich vor der Gewinnung neuen Wissens sperrt?

2. „Nettowohlfahrts-Index“

Ein unkonventioneller Ansatz zur Gewinnung neuen Wissens findet sich in den Arbeiten von Nordhaus/Tobin zur Ermittlung der „*Material Economic Welfare*“ (MEW) und deren Fortführung durch eine japanische Forschergruppe: „*Net National Welfare*“ (NNW). Beides sind methodische Ansätze, die die größten Unstimmigkeiten zwischen dem BSP und der tatsächlichen wirtschaftlichen Wohlfahrt der Bevölkerung beseitigen wollen – wobei die Nützlichkeit der herkömmlichen VGR für bestimmte Aufgaben, insbesondere die kurzfristige Konjunkturpolitik, nicht in Frage gestellt wird.

Beim NNW wird die herkömmliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zunächst durch monetär (geldlich) bewertete „wohlfahrtspositive“ Aspekte des Lebens ergänzt: Addition von Größen über zunehmende Freizeit und nicht-marktgängige Tätigkeiten, Schätzung der jährlichen Leistungsgrößen bei der Infrastruktur und den langfristigen Konsumgütern (Belohnung und nicht Bestrafung der Langlebigkeit von Konsumgütern). Sodann wird die herkömmliche VGR aber um bestimmte „wohlfahrtsnegative“ Aspekte bereinigt: Subtraktion von Ausgaben zur Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt, Schätzung der Netto-Umweltschäden, Kosten der zunehmenden Verstädterung.

Die Ergebnisse dieser Neuberechnung des wirtschaftlichen Erfolges (am Beispiel Japans) sind drastisch: Die Wohlfahrt (NNW) der Bevölkerung hat im Untersuchungszeitraum weit weniger rasch zugenommen als das Sozialprodukt (BSP) – ein Ergebnis, das sich sicherlich auch für die europäischen Industrieländer einstellen würde. Die Grenzen dieser Methodik sind jedoch nicht zu übersehen: die Gleichsetzung von Wohlfahrt mit Marktwerten wird problematisiert (nach-gerechnet), aber nicht grundsätzlich aufgegeben. Auch legt dieser Ansatz die Annahme nahe, als gelte es, den NNW zu maximieren, als sei ein (gefilterter) Indexpunkt so wichtig zu erachten wie der andere; Wachstumsgrenzen werden auch von diesem Ansatz nicht explizit aufgenommen.

3. „Einkommens- und Bestandsrechnungen“

Weitgehend im Anspruch, aber bisher nicht empirisch ausgefüllt, sind Vorschläge zu einem umfas-

senderen sozioökonomischen Rechnungswesen, das Einkommens- und Bestandsgrößen (stärker) miteinander verbindet. F. Thomas Juster sieht die größte Schwäche der herkömmlichen VGR in der Behandlung der Kapitalbildung, indem nur reproduzierbare materielle Vermögensteile als „Kapital“ im eigentlichen Sinne betrachtet werden. Weil die Einkommen oder der Output einer Volkswirtschaft (einer Region, einer Stadt) aus einem weit vielfältigeren „Vermögen“ entstehen, sollte das herkömmliche System der VGR – die Strömungsgrößen – ergänzt werden durch ein umfassendes System von Vermögenskonten – die Bestandsgrößen –, die man wie folgt gliedern könnte:

- reproduzierbares materielles und immaterielles Vermögen (nicht personengebundene Fähigkeiten und Kenntnisse);
- Humanvermögen (personengebundene nutzbare Fähigkeiten und Kenntnisse);
- soziopolitisches Vermögen (persönliche und nationale Sicherheit, Autonomie, Freiheit, Gleichheit);
- natürlicher Ressourcenbestand.

Die genannten Versuche zur Erweiterung oder Revision der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren würden, konsequent angewendet, zu erheblichen Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik führen oder gar entsprechende Veränderungen fördern und notwendig machen. Festzuhalten ist aber auch, daß die methodischen Ansätze dieses Typs darauf beruhen, alle aktuellen oder unterstellten Aktivitäten durch monetäre Bewertung auszuweisen. Die Dominanz (der Triumph?) der Ökonomie (der Ökonomen) bleibt gewahrt. Anders ist dies bei den im folgenden zu betrachtenden Ansätzen zur Qualifizierung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele.

C. Ergänzung oder Ersatz der herkömmlichen ökonomischen Indikatoren

Nach Meinung vieler Sozialwissenschaftler bleiben die genannten Revisionsversuche einen Schritt zu früh stehen. Insbesondere wird die (tatsächliche oder vermutete) Vernachlässigung qualitativer Aspekte durch ökonomische Konzepte kritisiert. Johan Galtung faßt seine Kritik an der Ökonomie und deren Sicht des Menschen und der Gesellschaft wie folgt zusammen: „Die Entwicklung der Gesellschaft wurde eingeschränkt auf die Ebene des wirtschaftlichen Wachstums; die Bedürfnisse sind reduziert auf das materielle ökonomische Ziel.“

mische Bedürfnis nach steigendem Einkommen.“ Ein komplementärer Schritt bzw. eine Alternative wird daher in der Bestimmung von Sozialindikatoren oder in nicht-monetären Entwicklungsindikatoren gesehen. Aus der Fülle der entsprechenden Vorschläge sollen auch hier wiederum drei exemplarisch skizziert werden.

1. „Physischer Lebensqualitäts-Index“

Einen entwicklungsplanerisch interessanten Ansatz verfolgen M. D. Morris u. a. mit dem *Physical Quality of Life Index* (PQLI). Ein Maß (eine Zielgröße) für Entwicklung, das insbesondere auch internationale Vergleiche erlaubt, muß verschiedenen Kriterien genügen: Es sollte nicht nur einen Entwicklungspfad erlauben, Ethozentrismus vermeiden, Ergebnisse und nicht Inputs messen; es sollte einfach zu konstruieren und zu verstehen sein. („Ein Indikator, den jemand mit fünf Jahren Schulbildung nicht binnen fünf Minuten versteht, ist kein Indikator, sondern ein Herrschaftsinstrument“ – Johan Galtung).

Morris u. a. sehen diese Kriterien bei drei sozialen Indikatoren als erfüllt an: „Lebenserwartung“, „Kindersterblichkeit“, „Fähigkeit, zu lesen und zu schreiben“. Die beiden ersten spiegeln die Summe der Effekte von Ernährung, Gesundheit, Einkommen und Umweltbedingungen wider, der letztere signalisiert in gewisser Weise das Ausmaß, zu dem man an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teilhaben kann.

Der PQLI-Ansatz folgt der Faszination, die dem BSP als einzigem, aggregiertem Maß der Entwicklung beigemessen wird, auf seine Weise durch Bildung eines kompositorischen Index (Gesamtindex): Für jeden der drei Einzelindikatoren wird zunächst der jeweilige Erfüllungsgrad (nach Ländern, Regionen oder Gesellschaftsgruppen) auf einer Skala von 0 bis 100 aufgetragen, wobei „0“ den niedrigsten und „100“ den höchsten Wert darstellt. Auf dieser Basis wird dann ein Gesamtindex gebildet, der aus dem einfachen arithmetischen Mittel der drei (gleichgewichteten) Indikatoren besteht. Diese Vorgehensweise ermöglicht die internationale (nationale, regionale, gruppenmäßige) vergleichende Bestandsaufnahme (Querschnittsvergleich).

Der PQLI ist die Summe komplexer Zusammenhänge, für die keine theoretische Erklärung eindeutige Gewichte liefert; deshalb wird seinen drei Komponenten jeweils gleiches Gewicht gegeben. Aufgrund der Festlegung einer unteren und einer oberen Grenze mißt der PQLI nur den Standort

innerhalb eines Spektrums – im Gegensatz zum BSP-Index, der nach oben hin offen ist und die Möglichkeit ständigen Wachstums vortäuscht. Anders als der Indikator BSP, läßt der PQLI die international (national, regional, gruppenmäßig) vorhandenen Lücken überbrückbar erscheinen; das heißt, dieser methodische Ansatz erlaubt die Bestimmung von Zielen, die erreichbar sind, er vermittelt nicht das Bild eines „hoffnungslosen Wettlaufs“, wie das beim BSP-Konzept der Fall ist. Untersuchungen zur Frage, ob und in welcher Weise BSP und PQLI miteinander korrelieren, haben gezeigt, daß das BSP pro Kopf den Erfüllungsgrad des PQLI nicht gut erklären kann – ein Hinweis auf die mögliche große entwicklungspolitische Bedeutung dieser Planungsmethode. (Morris umschreibt dieses Ergebnis mit einem kurzen Satz: „Money is not everything.“) Diese Bedeutung kann durch weitere Differenzierung erhöht werden: durch Anwendung auf soziale Gruppen, Stadt-Land-Regionen – und natürlich durch Einbeziehung anderer sozialer Indikatoren.

2. „Indikatorensysteme zur Bestimmung von Lebensqualität“

Mit Unterstützung des UN Research Institute for Social Development (UNRISD) sind mehrere, methodisch anspruchsvolle Versuche zur Bestimmung eines Systems von Indikatoren zur Messung der Lebensqualität unternommen worden. Drewnowski und Scott entwickelten einen Level of Living Index (Index des Lebensniveaus), der den Grad der Bedürfnisbefriedigung in neun Bereichen (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Sicherheit, Soziale Umwelt, Natürliche Umwelt) anhand von insgesamt 27 Indikatoren (kardinale und ordinale Indikatoren) messen soll.

Eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung des „Lebensniveaus“ erfordert die Kopplung der einzelnen Indikatoren zu einem Gesamtindex. Hierzu werden die Ergebnisse in den verschiedenen Bereichen des Indikatorensystems auf der Grundlage eines Rasters „kritischer Punkte“ bewertet und gewichtet; diese verweisen auf charakteristische Schwellenwerte der Bedürfnisbefriedigung (Grundbedürfnisse – höhere Bedürfnisse). Wissenschaftlich näher begründete Schwellenwerte dieser Art – z. B. im Sinne von Mindestanforderungen für ein menschenwürdiges Leben – sind bisher nur für wenige der genannten Bereiche konsensfähig fixiert (der Bereich „Ernährung“ ist hier wohl das beste Bei-

spiel). In den anderen Bereichen müßten sie durch legitimierte Normen ausgefüllt werden, die auf in der Gesellschaft (überwiegend) vertretenen Auffassungen über Minimumstandards, ausreichende Standards und Sättigungs-Standards der Bedürfnisbefriedigung beruhen.

Ein derartiges System von Indikatoren zur Messung der Wohlfahrt (des Lebensniveaus) kann nicht zeitlich fix bleiben: das relative Gewicht eines Bereichs von Bedürfnissen ändert sich für den Einzelnen und die Gesamtgesellschaft mit der zunehmenden Befriedigung (bzw. Nicht-Befriedigung) der jeweiligen Bedürfnisse. Die Autoren Drewnowski und Scott plädieren daher für eine gleitende Gewichtsskala bei der Bildung des Gesamtindex. Andere Autoren, die im Rahmen des UNRISD arbeiteten, haben die Zahl der in die Betrachtung einzubeziehenden Indikatoren erheblich erweitert (McGranahan u.a.).

3. „Mehr-dimensionale Sozialindikatoren“

Grundsätzlich mehr-dimensional angelegt sind eine Reihe anderer Versuche zur Ermittlung der Lebensbedingungen der Bevölkerung mit Hilfe von Sozialindikatoren. Neben bereichsspezifischen Einzelbeiträgen (aus der Umweltforschung, der Konsum- und Freizeitforschung, der Arbeitsforschung usw.) gibt es Gesamtbetrachtungen auf der Grundlage umfangreicher Sozialindikatoren-systeme (mit mehr als 100 Einzelindikatoren), mit denen alle Bereiche menschlicher Aktivität analysiert werden sollen, die für die Lebensqualität des Einzelnen und der Gesellschaft bedeutsam sein können.

Methodisch gesehen, geht man dabei zumeist von einem umfassenden Ziel der Lebensqualität und einem entsprechend weiten Untersuchungs-bereich aus, der dann in einzelne Komponenten oder Zielbereiche eingeteilt wird, wobei der im engeren Sinne ökonomische Bereich nur einer von mehreren Bereichen ist. Im Detail werden dann einzelne Indikatoren (eine Reihe von Indikatoren) objektiver und/oder subjektiver Art ausgewählt und quantifiziert (Selektionsproblem). Sie können auf ihre Beziehung untereinander und mit dem traditionell ermittelten BSP untersucht werden – und auch in sozio-ökonomische Planungsmodelle einmünden.

Die Mehrzahl der bisher vorliegenden Indikatoren-systeme zur Bestimmung von „Lebensqualität“ gehen von einem solchen Komponentenschema (von Zielbereichen) aus, das dann den Bezugsrahmen für eine mehr oder weniger große Zahl

von Indikatoren (Indikatorenbündel) bildet. Dementsprechend läßt die Aufstellung eines gesamtgesellschaftlichen Rechnungswesens anhand eines solchen Komponentenschemas mit zahlreichen Einzelindikatoren eine Vielzahl von Lösungen zu (Gewichtungs- und Bewertungsproblem), solange kein Konsens über die Zahl der Komponenten und Indikatoren und ihre jeweilige Gewichtung gefunden ist.

Der – allerdings erst nach langen Diskussionen – stark vereinheitlichten Zusammenfassung der ökonomischen Produktions- und Einkommensdaten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und deren Endergebnis, dem Bruttosozialprodukt (BSP), steht bei der Messung der Lebensqualität (LQ) noch eine Vielfalt von Ansätzen für ein gesamtgesellschaftliches Rechnungswesen gegenüber. Diese Vielfalt der Ansätze spiegelt in gewisser Weise auch die bisherige Offenheit des Begriffes „Lebensqualität“ wider. Die Schaffung eines allgemeinen und akzeptierten Bezugssystems für die Bestimmung von Lebensqualität ist daher nach wie vor dringlich – sie ist aber auch möglich. Der Konsens über die einzelnen Komponenten (Bereiche) der Lebensqualität scheint mir weit gediehen zu sein; die konkrete Gewichtung der einzelnen Indikatoren und der Komponenten wie auch die Frage des Grades der Zusammenfassung der Einzelergebnisse (so wie beim BSP eine einzige Ziffer für die Lebensqualität?) sind (und bleiben?) dagegen kontrovers.

III. Ein Fazit

Ohne daß hier die vielseitigen Probleme und Möglichkeiten zur Bestimmung von „Lebensqualität“ ausdiskutiert werden könnten, möchte ich mit einer Beurteilung schließen.

Der Begriff „Lebensqualität“ ist, so meine ich, dazu geeignet, die Notwendigkeit bewußt(er) zu machen, daß es für die Bestimmung der wünschenswerten und der nicht wünschenswerten Entwicklung des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens ausdrücklicher, für den Einzelnen und für die Gesamtgesellschaft nachvollziehbarer Wertentscheidungen auf mehr-dimensionaler Grundlage bedarf. Dieses normative Problem ist in der Fixierung auf das eindimensional bestimmte Ziel des „Wirtschaftswachstums“ (Zunahme des Bruttosozialprodukts) verdrängt, wenn auch nicht aufgehoben worden (die vermeintliche Wertneutralität: Für Wirtschaftswachstum sind doch alle!). Solche Wertentscheidungen sind nicht außerhalb

oder unabhängig von gesellschaftlichen Interessenlagen und Machtkonstellationen zu fällen – und sie können auch nicht (allein) von der Wissenschaft verbindlich getroffen werden. Vielmehr ist der Prozeß der Wertbildung stets bezogen auf die Erfahrung gesellschaftlicher Gruppen und unterliegt geschichtlich dem Wandel. Deshalb werden die Definition, aber auch die Durchsetzung und Verbesserung von Lebensqualität immer auch ein Prozeß gesellschaftlicher Auseinandersetzung sein.

Damit wird zugleich die Notwendigkeit eines immensen Lernens offenbar. Dieser Bedingung wiederum kann man – verständlicherweise – skeptisch gegenüberstehen. Ob die oben skizzierten methodischen Ansätze also im Sinne der tatsächlichen Gewinnung und Verbesserung der Lebensqualität auch genutzt werden, welche politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Realisierung entsprechender Alternativen bestehen, wie das vorherrschende quantitative Argumentieren mit der Wachstumsrate des BSP also durch qualifizierte Argumente ergänzt und überwunden werden kann – dies sind Fragen, deren Beantwortung bisher kaum möglich sein dürfte, weil sie eine gesellschaftliche Diskussion voraussetzen, die im eigentlichen Sinne erst begonnen hat.

Literatur zum Thema

- Binswanger, H. C. / Geissberger, W. / Ginsburg, Th. (Hg.): Der NAWU. Report: Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt 1978.
- Chenery, H. B. et al.: Redistribution with Growth, London 1974.
- Drewnowski, J.: On Measuring and Planning the Quality of Life, The Hague 1974.
- Galtung, J.: Menschliche Bedürfnisse. Brennpunkt für die Sozialwissenschaften, in: Sozialwissenschaften – wozu?, Magazin Brennpunkte 8, Frankfurt 1977.
- Jänicke, M.: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen 1979.
- Jochimsen, R.: Theorie der Infrastruktur, Tübingen 1966.
- Juster, Th.: A Framework for the Measurement of Economic and Social Performance, in: M. Moss (Ed.): The Measurement of Economic and Social Performance, New York 1973.
- Kapp, K. W.: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt 1979.
- Küng, E.: Die Qualität des Lebens als Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: Schweizerische Monatshefte, 54, 1974.
- Leipert, C.: Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß, Tübingen 1975.
- Morris, M. D.: Measuring the Condition of the World's Poor: The Physical Quality of Life Index, Oxford 1979.
- NNW Committee: Measuring Net National Welfare of Japan, Tokyo 1974.
- OECD: Measuring Social Well-Being. A Progress Report on the Development of Social Indicators, Paris 1976.
- Nordhaus, W. / Tobin, J.: Is Growth Obsolete?, in: M. Moss (Ed.): a.a.O.
- Simonis, H. / Simonis, U. E.: Lebensqualität: Zielgewinnung und Zielbestimmung. Quality of Life: Methods and Measurement, Kiel 1976.
- Walser, P.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Revision und Erweiterung, Göttingen 1975.